

sozial.
ökologisch.
bürgerlich.

Dafür stehen wir!

Bilanz der SPD-Stadtratsfraktion

Wahlperiode 2014 bis 2020



WOFÜR STEHT EIGENTLICH DIE SPD IM WÜRZBURGER STADTRAT?



Liebe Würzburgerinnen
und Würzburger,

als SPD-Stadtratsfraktion haben wir in den
vergangenen 6 Jahren unsere Arbeit unter das Motto
„sozial. ökologisch. bürgernah.“ gestellt.

Mit der vorliegenden Bilanz für die Wahlperiode 2014 bis 2020 möchten
wir einen Beitrag zu mehr Transparenz der politischen Arbeit leisten. Wir
stellen dar, für welche Themen wir stehen und welche politischen
Initiativen wir in der vergangenen Wahlperiode vorangetrieben haben.

Bei weiterem Interesse legen wir Ihnen sehr die Homepage der SPD-
Stadtratsfraktion ans Herz. Hier sind alle unsere Anträge zum Nachlesen
und als Download bereitgestellt. Darüber hinaus finden Sie auch alle
öffentlichen Protokolle der Stadtratssitzungen im Bürgerinformati-
onssystem der Stadt Würzburg.

Gerne stehen wir Ihnen auch zum persönlichen Gespräch zur Verfügung.
Die Sprechstunden aller unserer zehn Stadträtinnen und Stadträte
werden regelmäßig in der Mainpost und auf unserer Homepage
veröffentlicht.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Alexander Kolbow'.

Alexander Kolbow
SPD-Fraktionsvorsitzender



BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Mietpreissteigerungen und Wohnraummangel machen es Menschen in Würzburg immer schwerer, bezahlbaren und lebenswerten Wohnraum zu finden. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, haben wir das Thema „bezahlbarer Wohnraum“ zu einem unserer Schwerpunkte gemacht.

Als SPD-Fraktion haben wir uns im Stadtrat und im Aufsichtsrat dafür eingesetzt, dass die Stadtbau Würzburg GmbH am Hubland ausschließlich Mietwohnungen baut. 50 Prozent sind geförderter Wohnungsbau und lassen preisgünstigen Wohnraum für Familien und sozial Schwache entstehen.

Mit unseren beiden Anträgen

- >> „Wohnraum durch aktive Wohnungsbau Politik“ und
- >> „Erstellung eines Wohnungsbauprogramms“

haben wir der Stadtverwaltung im Jahr 2016 Aufgaben für die gezielte Weiterarbeit an diesem Thema mit auf den Weg gegeben. Inzwischen hat sie ein Wohnbau-Flächenkataster erstellt, in dem alle potentiell bebaubaren Flächen erfasst sind. Auch wurde mit den Eigentümern dieser Flächen Kontakt aufgenommen und auf eine zügige Bebauung hingewirkt.

Um unserem Ziel, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, Nachdruck zu verleihen, stellten wir im Mai 2018 in einem Antragspaket folgende **Forderungen für bezahlbaren Wohnraum:**

- >> Die Stadt Würzburg verkauft grundsätzlich keine Grundstücke zum Wohnungsbau an Investoren. Grundstücke werden nur noch in **Erbpacht** für einen Zeitraum vergeben, der dem Abschreibungszeitraum entspricht.



- >> Bei der **Vergabe von städtischen Grundstücken** für den Wohnungsbau sind nicht der Preis, sondern das Nutzungskonzept und dessen mietpreisdämpfende Wirkung für den Wohnungsmarkt ausschlaggebend.
- >> Die Stadt Würzburg legt eine Quote von 30 Prozent für die **soziale Wohnraumförderung** fest. Diese Quote wird in den Bebauungsplänen, der Bauleitplanung und städtebaulichen Verträgen der Stadt Würzburg festgeschrieben.
- >> In neuen Wohnquartieren ist der **Geschosswohnungsbau** vorrangig vor Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften umzusetzen. Hierfür setzt die Stadt Würzburg eine geeignete Quote fest.
- >> Die Stadt Würzburg schreibt in allen Festsetzungen eines Bebauungsplanes und in allen **Baugenehmigungen für Wohnbauten** vor, dass die Bebauung in einem bestimmten Zeitraum ausgeführt werden muss. Eine vertragswidrige Nichtbebauung wird durch die Stadt konsequent sanktioniert.
- >> Bei der Erschließung neuer Wohnquartiere ist von Anfang an die **Erschließung mit dem ÖPNV sowie mit dem Fahrrad** zu berücksichtigen.
- >> Die Verwaltung wird aufgefordert, die **interkommunale Zusammenarbeit** im Bereich Wohnungsbau zu intensivieren.

Um Mieterinnen und Mietern einen Vergleich ihrer Miethöhe zu ermöglichen, beantragten wir 2019 einen jährlichen Bericht zur Entwicklung der Wohnungsmieten in Würzburg. Wir wollen damit erreichen, dass die Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt transparenter werden und die Politik noch gezielter reagieren kann.

Leider scheiterten wir mit diesem Antrag an der konservativen Mehrheit im Würzburger Stadtrat.



DIE STADTENTWICKLUNG VORANBRINGEN

Dass das Gelände der ehemaligen Faulenberg-Kaserne seit Jahren ungenutzt ist und verfällt, ist für die SPD-Stadtratsfraktion ärgerlich. Dies ist umso dramatischer, weil dem gesamten Stadtrat bekannt ist, dass der Stadt Würzburg die Gewerbegebiete ausgehen und damit die weitere Entwicklung der Stadt beeinträchtigt wird.

Deshalb haben wir uns seit Jahren für den **Ankauf und die Entwicklung der Faulenberg-Kaserne** eingesetzt und **eine Aktualisierung des Nutzungskonzeptes** beantragt.

Mit einem Brief an Bundesfinanzminister Olaf Scholz haben wir uns dafür stark gemacht, dass die Altlastenfrage und Kaufpreisfindung zügig gelöst werden kann. Die Antwort von Bundesfinanzminister Scholz offenbarte ganz klar, dass ein Ankauf des Geländes längst möglich gewesen wäre. Er schlägt eine Altlastenklausel vor, um Sicherheit bei der Beseitigung von Altlasten zu bekommen.

Die SPD-Fraktion befürwortet den Ankauf des ehemaligen **Kreiswehrersatzamtes in Heidingsfeld**, um auch dieses Gelände für die Entwicklung zu nutzen. So haben wir z.B. im Juli 2019 bei der Stadtverwaltung zum aktuellen Stand des Ankaufes nachgehakt und Druck gemacht.

Seit Jahren erstellt die Stadt sogenannte **Integrierte Städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK)**. Diese sind aus Sicht der Stadtverwaltung dafür gedacht, große Stadtteolfördermaßnahmen voranzutreiben und umzusetzen. Jedoch ergeben die Konzepte auch viele Ansätze für sinnvolle Einzelmaßnahmen, die leider viel zu oft in den Schubladen der Stadtverwaltung verloren gehen.

Aus diesem Grund haben wir uns in den letzten Jahren immer wieder erfolgreich für die Einstellung von Haushaltsmitteln eingesetzt, um solche **Einzelmaßnahmen zeitnah umsetzen** zu können.



WÜRZBURGS SCHULEN ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Sanierungsstau an Schulen beenden

Wir haben uns in der Vergangenheit in allen Haushaltsberatungen dafür eingesetzt, dass die finanziellen Mittel für die Schulsanierungen erhöht werden. Damit dies noch zielgerichteter geschieht, haben wir in den Beratungen über den Haushalt 2017 einen **Schulsanierungsplan** beantragt. Durch diesen sollen in den kommenden 20 Jahren pro Jahr 15 Millionen Euro, also insgesamt 300 Millionen Euro, in die Schulsanierung investiert werden.

Wir freuen uns, dass in der Stadtratssitzung am 23.02.2017 dieses Schulsanierungsprogramm einstimmig beschlossen wurde. Durch diesen Beschluss ist die Stadt Würzburg in ein umfassendes Sanierungsprogramm an Würzburger Schulen eingestiegen.

>> Ziel der SPD-Stadtratsfraktion ist es, dass nach und nach alle Würzburger Schulen saniert werden.

Um den schlechten und teilweise sogar katastrophalen Zustand der Schultoiletten zeitnah zu beseitigen, haben wir uns in den Haushaltsberatungen für das Jahr 2019 erfolgreich für ein „**Sonderprogramm für Schultoiletten**“ eingesetzt.



Attraktive Mittelschulen schaffen

- >> **Gute Bildung ist ein sozialdemokratisches Grundanliegen.**

In Würzburg nehmen wir hier die Mittelschulen, die ehemaligen Hauptschulen, ganz besonders in den Blick.

Hier ist unser Ziel, dass auch den Schülerinnen und Schülern an Mittelschulen optimale (Aus-)Bildungsmöglichkeiten zuteilwerden.

- >> Deshalb fordern wir die Einrichtung von Mittelschulen, an denen jeweils rund 300 Schülerinnen und Schüler unterrichtet werden.

Nur so können **an jeder Mittelschule alle Ausbildungszweige** sowie ein M-Zug angeboten werden – ohne dass Schülerinnen und Schüler die Schule wechseln oder von Schulhaus zu Schulhaus fahren müssen.



FÜR EIN SOZIALES WÜRZBURG

Ein Sozialbericht schafft Klarheit

„Die Schere zwischen arm und reich geht auseinander“, so kann man immer wieder in den Medien hören. Doch stimmt das? Und wie ist die **Situation in Würzburg?**

Diese Frage kann erstmalig durch den von uns beantragten und inzwischen vorgelegten **Sozialbericht** beantwortet werden. Neben der Erhebung von Grunddaten zu unterschiedlichen Sozialleistungen werden im Bericht besonders auch Kinder- und Altersarmut in den Blick genommen und transparent für die Öffentlichkeit dargestellt.

Immer wieder haben wir bei den Haushaltsberatungen darauf hingewirkt, dass Sozialleistungen wie der **Nothilfefonds für Kinder** und der **Nothilfefonds für Senioren** aufgestockt werden.

Weiterhin haben wir uns für eine städtische Unterstützung der **Bahnhofsmission** und eines **Kontaktcafés für Drogensubstituierte** eingesetzt.

Dank uns erhalten auch die **Frauenhäuser** in Würzburg eine finanzielle Förderung und es können Übergangswohnungen für Frauen aus den Frauenhäusern angemietet werden.

Auch **ambulante Angebote** wie die Frauenberatung Wildwasser und die Frauenarbeit des Haus Antonia Werr erhalten durch unseren Einsatz städtische Gelder.

Gleichzeitig haben wir die Einführung eines **Sozialtickets** für Bedürftige gefordert. Mit diesem Antrag scheiterten wir jedoch an der konservativen Mehrheit im Würzburger Stadtrat.



Einführung eines Sozial- und Willkommenstickets

Im Jahr 2015 haben wir bereits einen Antrag auf Einführung eines Sozialtickets für Bedürftige und eines Willkommenstickets für Asylbewerberinnen und -bewerber gestellt.

Leider scheiterten wir damit an den Stimmen der Konservativen. Dennoch werden wir uns weiterhin für die Einführung einsetzen.



Für Behördengänge sind viele Menschen auf den ÖPNV angewiesen. Auch die Bemühungen um gesellschaftliche Teilhabe, um Integration, Beteiligung an Veranstaltungen und Angeboten des öffentlichen Lebens dürfen nicht an mangelnder Mobilität scheitern.

Insofern ist es eindeutig **eine politische Aufgabe, Mobilität zu ermöglichen**. Zahlreiche deutsche Städte haben sich dieser Aufgabe bereits erfolgreich angenommen.

Die Mobilitätsbedürfnisse sind jedoch unterschiedlich. Daher soll für eine effizientere und individualisierte Nutzung sowohl die Möglichkeit für günstige Einzeltickets als auch für ein vergünstigtes Monatsticket gegeben sein.

Geflüchtete in Würzburg integrieren

In den letzten Jahren hat die Ankunft von Geflüchteten die Politik in Deutschland stark beschäftigt. Auch die Stadt Würzburg musste mit dieser Situation umgehen. Als SPD-Stadtratsfraktion haben wir uns immer dafür stark gemacht, dass Geflüchtete in unserer Stadt willkommen sind und hier ein Zuhause finden.



Wichtig war uns besonders, dass Geflüchtete möglichst schnell in den Arbeitsmarkt integriert werden. Deshalb haben wir eine Vereinbarung der Stadt Würzburg mit den Verbänden in der Region beantragt, die dem **Fachkräftemangel** in der Region entgegenwirken soll. Wirtschaft und Handwerk klagen seit geraumer Zeit über einen steigenden Fachkräftemangel. Diesem kann durch die Qualifikation von Geflüchteten entgegen gewirkt werden.

>> Wir fordern: Wer hier eine Ausbildung beginnt, muss auch eine dauerhafte Perspektive in Deutschland haben.

Auch Wirtschaft und Handwerk benötigen die Sicherheit, dass sich der Aufwand der Ausbildung lohnt und nicht vergeblich ist, weil ein Geflüchteter während oder nach der Ausbildung abgeschoben wird.

Bereits 2015 beantragten wir ein **kommunalpolitisches Handlungskonzept zur mittel- und langfristigen Integration von Geflüchteten** in Würzburg. Im Mai 2019 wurde dann endlich das Integrationskonzept für die Stadt Würzburg mit zahlreichen Handlungshinweisen vorgelegt.

Eine **Abschiebung in unsichere Länder** wie Afghanistan lehnen wir ab. Hierzu haben wir eine Resolution in den Stadtrat eingebracht, welche die Aussetzung der Abschiebung nach Afghanistan fordert.

Um die Integration Geflüchteter zu unterstützen, haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Mittel für **Integrationsarbeit** im städtischen Haushalt erhöht werden.

Integration ist eine Daueraufgabe und benötigt daher auch langfristig finanzielle Ressourcen. Auch haben wir dafür gesorgt, dass gesellschaftliche Initiativen wie „Willkommen mit Musik“ finanziell von der Stadt unterstützt werden und sie so ihre wichtige Arbeit weiterhin erbringen können.



UMWELTFREUNDLICHE MOBILITÄT AUSBAUEN

„Ja“ zur Straßenbahnlinie 6

Derzeit befindet sich der geplante Bau der Straßenbahnlinie 6 in der Endphase des Planfeststellungsverfahrens. Nach erfolgreichem Abschluss dieses Verfahrens könnte mit dem Bau begonnen werden.

Leider hat der Oberbürgermeister in der Vergangenheit die Straßenbahnlinie unter einen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Wir sind der Überzeugung, dass dies falsch ist.

- >> Der Bau der Straßenbahn zum Hubland ist aus ökologischen und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll.**



Schon jetzt hat der Busverkehr zur Universität am Hubland seine Kapazitätsgrenze erreicht. Der neue Stadtteil am Hubland wird in Zukunft Heimat für rund 4.500 Menschen werden. Diese Anwohnerinnen und Anwohner müssen ebenfalls an den ÖPNV angeschlossen werden. Hierfür ist die Straßenbahn das wirtschaftlichste und ökologischste Verkehrsmittel.

- >> Wir setzen uns deshalb auch weiter uneingeschränkt für den Bau der Straßenbahn zum Hubland ein.**

Dank uns wurde – gegen Widerstände der Konservativen und der Kämmererei – eine Sonderrücklage im Haushalt gebildet, um die Straßenbahnlinie 6 zu finanzieren. Diese umfasst inzwischen 17 Millionen Euro und ermöglicht die **Finanzierung der Linie in der Zukunft ohne größere Anstrengungen für die Stadt**. Nichtsdestotrotz setzen wir uns für eine stärkere finanzielle Beteiligung des Landes Bayern und des Bundes am Ausbau des ÖPNV ein.



Umweltfreundlich mit dem Fahrrad

In Zeiten von Klimaerwärmung und Feinstaubbelastung bekommen alternative Mobilitätsformen eine immer größere Bedeutung. Neben dem ÖPNV ist das vor allem der Radverkehr. Spätestens mit der zunehmenden Verbreitung der Pedelecs / E-Bikes ist das auch in Würzburg trotz der vielen Steigungen in der Stadt angekommen.

- >> Radverkehr muss unserer Ansicht nach **sicher und attraktiv** sein. Die SPD-Stadtratsfraktion setzt sich daher kontinuierlich für eine Verbesserung des Fahrradverkehrs ein.

Im Herbst 2016 hat der Stadtrat einstimmig ein **Radverkehrskonzept** verabschiedet. Dies gilt es jetzt auch entsprechend zu verwirklichen. Neben dem Ausbau der Radverbindungen ist auch das **Fahrradparken** ein wichtiges Anliegen.

Die SPD-Stadtratsfraktion tritt dabei für die Umsetzung des Radverkehrskonzeptes ein. Daher haben wir uns immer wieder erfolgreich für eine **Erhöhung der Mittel** zur Umsetzung des Konzeptes im Haushalt eingesetzt.



Bereits im Jahr 2009 haben wir die **Einführung eines Fahrradentleihsystems** beantragt. Deshalb gingen im Juli 2015 die ersten vier Stationen des Fahrradentleihsystems nextbike in Betrieb. Auf Antrag der SPD-Fraktion wurde nextbike inzwischen deutlich erweitert.

Durch eine Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion wurde öffentlich, dass die Zahl der **Kraftfahrzeuge in Würzburg** beständig steigt. Sie steigt sogar schneller als die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt!



Park+Ride stärken

Um eine spürbare Entlastung Würzburgs vom motorisierten Individualverkehr zu erreichen, sind attraktive Park+Ride-Angebote unerlässlich.

Aus diesem Grund haben wir uns im Stadtrat und seinen Ausschüssen wiederholt für einen **deutlichen Ausbau der Park-Ride-Angebote** in Würzburg eingesetzt und diese nachdrücklich eingefordert.

Eine wirkliche Entlastung für den Verkehr in Würzburg kann jedoch nur erreicht werden, wenn die Autos gar nicht erst in die Stadt fahren. Attraktive Park+Ride-Angebote muss es also bereits außerhalb der Stadtgrenze geben.

Daher haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Stadt mit den Umlandkommunen in einen Dialog eintritt mit dem Ziel, eine für alle tragbare und zufriedenstellende Lösung zu finden.

Gemeinsam mit der SPD im Landkreis Kitzingen und Schweinfurt setzen wir uns dafür ein, dass die **Mainfrankenbahn** reaktiviert und ausgebaut wird, so dass sie ein echter Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs wird.



VERLEIHUNG DER GEORG-SITTIG-MEDAILLE 2019



Die WürzburgSPD und die SPD-Stadtratsfraktion zeichnen soziales und gesellschaftliches Engagement mit der Georg-Sittig-Medaille aus.

Benannt ist die Medaille nach Georg Sittig (1896-1964), der als Stadtrat, Bürgermeister und Landtagsabgeordneter gewirkt hat. Er war Motor des Wiederaufbaus der zerstörten

Stadt und ist Symbolfigur des demokratischen Neuanfangs nach 1945.

Im Jahr 2019 ging die Georg-Sittig-Medaille an

- >> die beiden **Würzburger Frauenhäuser** der Arbeiterwohlfahrt und des Sozialdienstes Katholischer Frauen. Sie bieten Zuflucht und Schutzräume für Frauen, die vor Gewalt in ihrer Beziehung fliehen.
- >> den **Würzburger Rechtsanwalt Chan-Jo Jun**. Er ist in den vergangenen Jahren durch seinen Kampf gegen Hetze und Hasskommentare auf Social-Media-Plattformen wie Facebook bundesweit bekannt geworden.
- >> den **Regisseur Steffen Boseckert**. Der Filmemacher gibt sozialen Themen ein Gesicht. Unter anderem hat Boseckert einen viel beachteten Kurzfilm mit Flüchtlingskindern der Mönchbergschule gedreht, die zusammen die Europa-Hymne singen.

Wir danken den Preisträgern für ihr gesellschaftliches Engagement. Ihr Tun steht beispielhaft für viele Personen und Organisationen, die sich Tag für Tag für unsere Stadt engagieren.



DIE SPD-STADTRATSFRAKTION 2014 BIS 2020

Marion Schäfer-Blake, 3. Bürgermeisterin
Alexander Kolbow, Fraktionsvorsitzender
Hans Werner Loew, stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Lore Koerber-Becker, stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Eckhard G. Beck (seit 01.04.2016)
Udo Feldinger
Jutta Henzler (seit 01.01.2017)
Heinrich Jüstel
Gisela Pfannes
Joachim Schulz

Homaira Mansury (bis 30.03.2016, beruflich verzogen)
Laura Wallner (bis 31.12.2016, beruflich verzogen)

KONTAKT

SPD-Stadtratsfraktion
Rathaus, Zimmer 147/148
Rückermainstraße 2
97070 Würzburg

Telefon: 0931 37-3607
E-Mail: kontakt@spd-fraktion-wuerzburg.de
Homepage: www.spd-fraktion-wuerzburg.de
Facebook: www.facebook.com/SPD-Fraktion-Würzburg

**Alle Anträge finden Sie im Internet unter:
www.spd-fraktion-wuerzburg.de/ueber-uns/antraege**

V.i.S.d.P.: Alexander Kolbow, Fraktionsvorsitzender
Würzburg, im Oktober 2019

Fotocredit: Nadja Hussein (Foto Kolbow), JiSign|fotolia.de (Skyline Würzburg),
pixabay (Hände, Buntstifte, Straßenbahn, Fahrrad)





Marion Schäfer-Blake
3. Bürgermeisterin



Alexander Kolbow
Fraktionsvorsitzender



Lore Koerber-Becker
Stellv. Fraktionsvorsitzende



Hans Werner Loew
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Eckhard G. Beck
(seit 01.04.2016)



Udo Feldinger



Jutta Henzler
(seit 01.01.2017)



Heinrich Jüstel



Gisela Pfannes



Joachim Schulz



Homaira Mansury
(bis 30.03.2016)



Laura Wallner
(bis 31.12.2016)